

Berlin, 13. März 2013

X. Ludwig-Erhard-Lecture mit dem
Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für
Arbeit,

Dr. h.c. Frank-Jürgen Weise

10 Jahre Agenda 2010 – was noch zu tun ist

Begrüßung und Einführung

Dr. h.c. Wolfgang Clement,
Vorsitzender des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort

Mein sehr geehrter Herr Weise,
sehr geehrte Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Vizepräsident,
sehr geehrte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags,
meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

ich begrüße Sie alle zur X. Ludwig-Erhard-Lecture im Atrium der FAZ, der ich für ihre Gastfreundschaft danke. Und ich begrüße ganz besonders herzlich den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit: Frank-Jürgen Weise.

Ich weiß, Herr Weise ist hier in Berlin hinreichend bekannt. Deshalb nur so viel zu seiner Person: Er ist seit Anfang 2004 Chef der Bundesagentur und deren erster Vorstandsvorsitzender, der nicht aus der Politik und auch nicht aus dem öffentlichen Dienst kommt, sondern aus der Wirtschaft, in der er zuvor über fast zwei Jahrzehnte Managementaufgaben in wichtigen Unternehmen vor allem der Automobilbranche wahrnahm und selbst ein Logistikunternehmen gründete und an die Börse brachte.

Im Jahr 2010 hat er, der hier in Berlin auch Kuratoriumsvorsitzender der Hertie School of Governance ist, zudem die Leitung der Bundeswehr-Strukturkommission übernommen, deren Ziel es war, die Effizienz sowohl des Bundesverteidigungsministeriums als auch der Bundeswehr zu verbessern. Der Titel des Berichts der Strukturkommission lautet: „Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz“. Die darin vorgelegten Vorschläge galten einer „radikalen Erneuerung der Bundeswehr“ – und weil das heute nicht unser Thema ist, will ich auch gar nicht dazu ermuntern, zu ergründen, wie weit unsere Bundeswehr inzwischen mit der Erneuerung ist.

Aber das Wort „Erneuerung“ passt vielleicht auch zu unserem Thema, der „Agenda 2010“, die ja ebenfalls als ein Programm zur Erneuerung, jedenfalls zum entschiedenen Umbau des in Jahrzehnten entstandenen deutschen Wohlfahrtsstaates galt und wohl auch heute noch gilt.

Und um das hinzuzufügen: Herr Weise ist derjenige, der diesen Agenda-Prozess – soweit er sich auf den Arbeitsmarkt bezieht – von allem Anfang an wie kaum ein

anderer miterlebt und mitgestaltet hat, von der Gesetzesarbeit über die notwendigen Umbauarbeiten nicht zuletzt der von ihm geleiteten Behörde und die tägliche Umsetzung bis hin zu einer heute völlig veränderten Arbeitswelt.

Für mich selbst als den damals für Wirtschaft und Arbeit zuständigen Bundesminister war die Zusammenarbeit mit Herrn Weise und seinem Vorstand sowie der Bundesagentur ein Glücksfall. Ich denke, wir waren beide von dem Gedanken geleitet, dass auch am Arbeitsmarkt eine „radikale Erneuerung“ geboten war.

Die Agenda kam vor zehn Jahren wie eine ganz normale Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder daher. Ihr Titel lautete: „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“. Aber gleich zu Anfang sagte Schröder bereits den entscheidenden, in diesen Tagen wieder vielzitierten Satz: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen einfordern müssen.“

Dieser Satz war das Signal zu den wohl weitreichendsten Arbeitsmarktreformen in Deutschland seit der Nachkriegszeit sowie zu Reformen der sozialen Sicherungssysteme, aber damit auch zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum wie für mehr Beschäftigung und – das will ich hier und heute besonders hervorheben, zumal es gern vergessen wird – mit besonderem Engagement für Bildung und Qualifikation.

Im Mittelpunkt der alsbald nach der Regierungserklärung Schröders einsetzenden öffentlichen Auseinandersetzungen standen – und stehen teils bis heute – unsere Arbeitsmarktreformen, deren Leitmotiv das Prinzip des „Förderns und Forderns“ war. Zu Deutsch: Förderung vonseiten der Allgemeinheit können nur die erwarten, die selbst im Rahmen des ihnen jeweils Möglichen bereit sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und Verantwortung für sich, für ihre Familien oder ihre Partner zu übernehmen. So ergibt sich zwangsläufig, was dem Arbeitssuchenden zumutbar ist, nämlich: prinzipiell jede Arbeit, die nicht willkürlich und die legal ist, die also im Rahmen der geltenden Ordnung stattfindet.

Mehr Eigenverantwortung und damit auch mehr Eigenleistung einzufordern, dies kennzeichnete auch die weiteren Agenda-Schritte, als da u. a. wären:

- die Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung, die zum Ziel hatten, den Durchschnittsbeitrag zur GKV auf etwa 13 % (bis dahin: durchschnittlich 14,4 %) des Einkommens zurückzuführen
- die Reformen der Rentenversicherung, die die Rentenversicherungsbeiträge bei 19,5 % festzuhalten versuchten
- die Erhöhung der Bildungsausgaben innerhalb von fünf Jahren um 25 % und vor allem – entgegen der m. E. überaus diskussionswürdigen Kompetenzverteilung im Grundgesetz – Investitionen von 4 Milliarden Euro zur Förderung von Ganztagschulen
- der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“, kurz Ausbildungspakt genannt, sowie Maßnahmen u. a. zum Bürokratieabbau und zur Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung

So wird, wie ich hoffe, deutlich: Es ging der Agenda 2010 darum, den Arbeitsmarkt wieder flexibel und die sozialen Sicherungssysteme wieder bestandsfest zu machen. Und damit einher und – nicht zu vergessen – mit den teils schon früher in Gang gesetzten massiven Steuersenkungen ging das Ziel der gesamten Operation, möglichst alle Kräfte für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung freizusetzen und zu mobilisieren.

Gerade in dieser, von rezessiven Tendenzen in den meisten europäischen Staaten geprägten Zeit ist mir dieser letztgenannte Hinweis auf die seinerzeit von uns vorgenommenen Steuer- und Abgabensenkungen besonders wichtig - wobei Hans Eichels Steuersäckel damals nicht etwa voll wie heute, sondern sehr, sehr leer war. Die Steuersenkungen waren uns in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Lage dennoch wichtig und sie erwiesen sich ja auch als sehr richtig!

Aber keine Frage: Im Zentrum der Agenda 2010 standen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die von der nach Peter Hartz benannten Kommission vorbereitet worden waren und die wir mit dem neu geschaffenen – und leider wieder zerschlagenen – Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zwischen 2003 und 2005 in vier Gesetzespaketen realisiert haben.

Diese Reformen markierten aus meiner Sicht das Ende eines Arbeitsmarktes, der noch den Regeln der klassischen Industrieepoche gehorchte, und sie bedeuteten den unweigerlichen Übergang in die durch größere Flexibilität, Mobilität und übrigens auch mehr Selbständigkeit charakterisierte industrielle Wissensgesellschaft.

Von den einzelnen Gesetzesschritten kann ich hier nur die aus meiner Sicht wesentlichsten ansprechen:

Ich nenne an erster Stelle die Modernisierung und den Umbau der früheren Bundesanstalt in die Bundesagentur für Arbeit, die mit einem vereinfachten Leistungsrecht, mit entsprechenden Instrumenten und neuen Kundenzentren, kurz mit unternehmerischem statt behördlichem Verständnis geführt wird.

Ich nenne sodann die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die einige zigtausend Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt und in die Arbeitsvermittlung (zurück)holte. Auch dies war per se eine grundstürzende Reform.

Hierher gehört ebenso die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf zwölf Monate, für Arbeitnehmer ab 55 Jahren auf 18 Monate (zuvor 32 Monate) – in der Zwischenzeit, wie so manches andere, leider wieder in die falsche Richtung korrigiert. Die Verkürzung war und ist überaus wichtig, um den Weg in den vorgezogenen Ruhestand angesichts des sich rasch zuspitzenden demografischen Wandels auszubremsen.

Eine Fülle von weiteren Maßnahmen –die Liberalisierung der Zeitarbeit, die verschärften Zumutbarkeitsregeln, die Erleichterung befristeter Beschäftigung, die leichte Lockerung des Kündigungsschutzes, die Teilzeitarbeit, die Ich-AGs sowie Mini- und Midijobs – hat in den Jahren seither ebenfalls viel Kritik erfahren. Die Maßnahmen haben aber schließlich und endlich nicht wenigen betroffenen Arbeitnehmern den (Wieder-)Einstieg in eine berufliche Tätigkeit eröffnet. Und sie haben so dringend erforderliche Bewegung in den zuvor fast erstarrten deutschen Arbeitsmarkt gebracht. Nichts spricht deshalb aus meiner Sicht für abermalige Verrechtlichungen, weder der Zeitarbeit noch der Mindestlöhne. Beide sind in der Tarifhoheit der Sozialpartner am besten aufgehoben!

Da, wo man gelernt hat, die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu schätzen – in Schweden vor allem – dort drängt auch kaum jemand darauf, den

Gesetzgeber in die Unternehmen zu holen. Ich sag' es mal so: Wer den Gesetzgeber ins Haus holt, der behält ihn als Dauergast.

Um es sehr deutlich zu sagen: Ich bin froh, dass wir die Agenda 2010 mitsamt Arbeitsmarktreformen damals zuwege gebracht haben. Und ich möchte mir nicht ausmalen, was heute in Deutschland notwendig wäre und sich vielleicht auch auf unseren Straßen abspielen würde, wenn es seinerzeit anders oder gar nicht gelaufen wäre.

Damals wurde ich für verrückt erklärt, als ich einmal das Wort „Vollbeschäftigung“ in den Mund nahm. Heute haben wir in weiten Teilen Süddeutschlands trotz eines internationalen und europäischen Krisenumfeldes Vollbeschäftigung, also eine Arbeitslosenquote zwischen 2 und 4 %. Wir verzeichnen die höchsten Erwerbstätigenzahlen unserer Geschichte und insgesamt eine allgemeine Arbeitslosigkeit und eine Jugendarbeitslosigkeit, die mit denjenigen in den Niederlanden, in Österreich und Luxemburg die niedrigsten in der ganzen EU sind.

Damals hieß es, es gäbe gar keine Arbeitsplätze für die vielen Arbeitssuchenden. Heute suchen wir – inzwischen auch außerhalb unserer Landesgrenzen – nach Fach- und Führungskräften.

Damals habe ich auch gesagt: Es gibt in Deutschland genug zu tun. Es gibt also auch genügend Arbeit und Arbeitsplätze. Heute, da der demografische Wandel noch an Tempo zunimmt, trifft das noch mehr zu. Wir müssen, wenn wir unsere volkswirtschaftliche Kraft und unseren Lebensstandard halten wollen, alles tun, damit mehr Menschen in Arbeit kommen und möglichst länger darin bleiben, und zwar in möglichst qualifizierten Jobs.

Das gilt für die jungen Leute, für die Frauen und besonders für die immer mehr immer älter werdenden Bürger. Deshalb sind wir mit der „Rente mit 67“ auch noch längst nicht am Ende angelangt.

Wenn das aber stimmt – und es stimmt –, dann gibt es vor allem anderen diesen einen Weg: Wir müssen alle Kräfte, die wir freisetzen können, in Bildung, in Qualifizierung, in lebenslanges Lernen investieren. Das gilt politisch wie finanziell, pädagogisch wie unternehmerisch. Wir müssen verstehen: Die beste Arbeitsmarktpolitik für heute und morgen – das ist die Bildungspolitik.

Bildung, Qualifikation und lebenslanges Lernen – das sind die Themen, die nach meinem Verständnis an die Spitze einer Agenda 2020 gehören. Und unser Bildungsföderalismus gehört ganz vorn in ein nachdrückliches Reformprogramm!

Und noch eins: Wer dafür sorgen will, dass die Renten von morgen und übermorgen sicher und auskömmlich sind, der sollte es unterlassen, mehr oder weniger unmögliche Rentenversprechen zu machen, zumal diese Renten von einer immer geringer werdenden Anzahl von aktiven Arbeitnehmern finanziert werden müssen. Der sollte stattdessen mit einem funktionierenden, auf Chancengerechtigkeit ausgerichteten Kindergarten- und Schulsystem dafür sorgen, dass nicht länger rund 50.000 Schüler jährlich ohne jeden Schulabschluss ins Leben gehen und 17 % der 20- bis 30-Jährigen ohne Berufsausbildung bleiben.

Auch dieses Thema, die Zukunftssicherung der dualen Berufsausbildung durch sach- und fachkundige Begleitung auf dem Weg von der Schule ins Arbeitsleben, gehört ganz nach vorn auf einer Agenda 2020!

Eine bessere Politik zur Sicherung der Renten in der Zukunft als die bestmögliche Bildung und Weiterbildung für alle Bevölkerungsgruppen gibt es nicht!

So weit die Wahrnehmung eines Menschen, der die politische Welt heute von außen aufmerksam betrachtet und engagiert begleitet. Aber nun zu jemandem, der den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt über mehr als ein Jahrzehnt studiert, gestaltet und geformt hat und der jetzt vor allem nach vorn schaut und sich dafür interessiert, „was noch zu tun ist“.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.